



Koalitionsvertrag

Unsere Handschrift ist klar erkennbar

Der Koalitionsvertrag enthält das Bekenntnis zu zentralen Vorhaben der CDU: Keine Steuererhöhung, Mütterrente, das klare Bekenntnis zu Industriearbeitsplätzen, die Erneuerung der Infrastruktur und nicht zuletzt die Entlastung der Kommunen durch den Bund.

Natürlich handelt es sich um einen klassischen Kompromiss. So hat die CDU etwa auf die Erhöhung des Kindergeldes verzichtet. Den gesetzlichen Mindestlohn, allerdings nicht staatlich festgelegt, sondern ausgehandelt von einer unabhängigen Kommission von Gewerkschaften und Arbeitgebern, hat die CDU schon auf ihrem letzten Parteitag beschlossen.

Positiv ist die Würdigung des Kulturstandortes Rhein-Erft-Kreis: Das Schaumagazin für Künstlernachlässe in der Abtei Brauweiler wird von der Koalition gefördert. Mehr: <http://kurzlink.de/GGkoalitionsvertrag>.

Stundenausfall an Schulen

Warum präsentiert die Regierung andere Zahlen als der Rechnungshof?

Die Zahlen, Daten und Fakten sprechen für sich: Aktuell fordert der Landesrechnungshof zu Recht an jeder Schule im Land eine Unterrichtsausfallstatistik einzuführen.

Nach Stichproben sind die Fehlstunden an unseren Schulen im Land doppelt so hoch, als in der offiziellen Statistik der Landesregierung angegeben. Die Schulministerin muss die Diskrepanz nun aufklären. Die Berichte über den zunehmenden Unterrichtsausfall häufen sich.

Auch mich erreichen immer wieder Klagen von Schülern und Eltern über Stundenausfälle.

Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht, dann schreiben Sie mir: info@gregor-golland.de.

Besuchergruppe

Erftstädter im Landtag



Die Erftstädter Senioren Unions Vorsitzende Erika Simons war am Mittwoch mit rund 30 Mitstreitern und Gästen im Landtag.

Wir haben die Zeit für eine intensive Diskussion über die Bezahlung und Ausgestaltung der Pflege, die Sozialpolitik und die Innere Sicherheit genutzt.

Zudem wurde kritisiert, dass das

Land nicht wie im Vermittlungsausschuss vor Jahren vereinbart, die Finanzierung der Schulsozialarbeiter übernehmen wird. Der Bund hat seine Zusage der Anschubfinanzierung mehr als erfüllt.